



ZdK

Mai | 2020

Die Corona-Krise

Diskussionsanstöße der Sprecherinnen und Sprecher der Sachbereiche des ZdK zur aktuellen Pandemie

Ein veränderter Blick auf die Welt

Der Blick auf die Welt hat sich durch die Corona-Pandemie in ungeahnter Eile verändert. Bilder gehen um die Erde, die erschüttern lassen: Menschen sterben einsam; viele Tote werden in Kirchen oder Zelten bis zum Begräbnis verwahrt; Pflegekräfte arbeiten ruhelos und sind am Ende ihrer Kräfte; Menschen in häuslicher Isolation begegnen einander in Kommunikation über Balkone; Obdachlose sind in noch größerer Not als ohnehin; Hamsterkäufe geschehen zu Beginn der Krise; verzweifelte Menschen im Hotel- und Gastronomiebereich erwarten Hilfe vom Staat; ein Mundschutz wird getragen und Begegnung geschieht auf Distanz; Gottesdienste an Ostern finden in fast leeren Kirchenräumen statt; Flugzeuge bleiben am Boden; Sportereignisse werden nur ohne Fans zugelassen; schulisches Lernen und Studium geschehen digital von zu Hause aus. Viele Eindrücke und Erlebnisse sind zu ergänzen. Jeder und jede erlebt die Corona-Krise auf seine und ihre Weise.

In den Medien ist die Corona-Krise seit vielen Monaten präsent. Eine Vielgestalt von Stimmern wird präsentiert. Was hat Vorrang: die Fürsorge für die Gesundheit insbesondere für ältere Menschen und solche mit Vorerkrankungen oder wirtschaftliches Denken? Das Bildungswesen steht vor großen Herausforderungen. Familien mit Kindern sind sehr hoch belastet. Die europäischen Länder sind herausgefordert im Blick auf ihre konkrete Bereitschaft zur Solidarität – medizinisch wie auch finanziell.

Jede Erkenntnis ist von Interessen geleitet. Diese vertraute Einsicht hat in der Corona-Krise eine Konkretion erfahren. Es bedarf einer gemeinsamen Orientierung an Werten, um Handlungsfolgen zu planen. Eine differenzierte Wahrnehmung und Deutung der Wirklichkeit ist dabei die Voraussetzung.

In diesem Beitrag möchten die Sprecherinnen und Sprecher der Sachbereiche des ZdK Sie einladen, sich mit auf einen Weg der

Unterscheidung zu begeben: Was ist heute wichtig und was ist kontinuierlich im Blick zu behalten? Welche langfristig hilfreichen Lehren lassen sich aus der unerwarteten Krise ziehen? Von welchen Lernerfahrungen können wir erzählen – beispielsweise in der verstärkten Vertrautheit mit digitalen Formen der Kommunikation, der Zustimmung zu einem höheren Lohnniveau bei pflegenden Berufen, bei dem Ruf nach weltweiter Gerechtigkeit oder der Aufmerksamkeit auf Formen der Missachtung demokratischer Strukturen? Bei der Sichtung der Lernwege in der Corona-Krise muss ein Gedanke im Blick bleiben: Solche Reflexionen dürfen nicht an die Stelle der Klage über jeden Toten treten.

Die vorangestellten Wahrnehmungen der Herausforderungen in der Corona-Krise werden von uns gemeinsam geteilt. Alle Sachbereiche im ZdK sind in ihren Optionen auf der Handlungsebene an der christlichen Botschaft orientiert. Je nach fachlicher Perspektive blicken wir in diesen Texten als Sprecherinnen und Sprecher mit unseren eigenen Augen auf die Corona-Krise. Nach Beginn der Lockerungen der Kontaktbegrenzungen scheinen die Gefahren nicht mehr so groß zu sein. Ist dies eine trügerische Täuschung oder eine begründete Einsicht? Was bleibt mitten in der Corona-Krise an Erkenntnis für die Zeit danach?

In aller Unabhängigkeit der Sprecherinnen und Sprecher der ZdK-Sachbereiche sind interessante und wichtige Impulse entstanden, die nicht nur die Arbeit des ZdK weiter begleiten werden.

| [Prof. Dr. Dorothea Sattler](#) |

Sprecherin des ZdK-Sachbereichs 1 „Theologie, Pastoral und Ökumene“

| [Prof. Dr. Thomas Sternberg](#) |

Präsident des Zentralkomitees der deutschen Katholiken

Das Leben wählen

Das Gebot der Stunde im Sinne Gottes

In der Corona-Krise ist die Theologie in der Öffentlichkeit stärker herausgefordert als in anderen Zeiten. Antworten auf Fragen werden erwartet, vor denen jeder Mensch in seinem Leben früher oder später steht: Wer bin ich? Wie wichtig ist mein Leben? Welche soziale Gestalt des Lebens suche ich? Was kommt nach meinem Tod? Was soll noch geschehen in irdischer Zeit?

Die christliche Theologie nimmt eine spezifische Position im Gespräch mit den Menschen ein, die das Leben zu verstehen versuchen: Sie erinnert an Jesus Christus, der seine Feinde liebte und Hoffnung begründete über den Tod hinaus. Die christliche Theologie beansprucht nicht, dieses Lebenszeugnis als wahr erweisen zu können. Als eine Wissenschaft denkt sie über die intellektuellen Voraussetzungen ihrer eigenen Annahmen nach und bringt sie in das kritische Gespräch mit allen in Zeitgenossenschaft ein. Ausgangsort des theologischen Nachdenkens ist heute der Mensch mit seinen Fragen an das Leben. Die gläubige Überzeugung dabei ist: Gott hat den Menschen als ein Wesen erschaffen, das das eigene Leben in vielerlei Hinsicht als ein Rätsel erfährt. In Freiheit kann und soll der Mensch sich auf die Suche nach einer Antwort auf die Fragen des Lebens begeben.

Die theologisch stärkste Herausforderung ist es gegenwärtig, das unerwartete Geschehen der Corona-Pandemie in eine gedankliche Verbindung mit dem Wirken Gottes in Zeit und Geschichte zu bringen. Aus der theologischen Tradition vertraute Fragen stellen sich mit Dringlichkeit: Gibt es einen Plan Gottes für das Geschick der Menschen? Gibt es eine Vorsehung Gottes? Könnte es gar sein, dass die Corona-Krise als eine Strafe Gottes für ein weit verbreitetes böses Verhalten von Menschen zu verstehen ist?

Vertrauen auf einen Gott, der das Leben aller bewahren möchte

Die gegenwärtige wissenschaftlich verantwortete Theologie ist weit entfernt von solchen Annahmen. Zugleich nehmen Christinnen und Christen in selbstkritischer Wahrnehmung mit großem Schmerz zur Kenntnis, dass es Zeiten gab (und leider auch weiterhin gibt), in denen mit kirchlicher Autorität solche Thesen vertreten wurden und werden. Auch das heutige

religiöse Bewusstsein ist nicht frei von solchen Versuchungen. Einfache Antworten scheinen ein Weg aus der Ratlosigkeit zu sein.

Die gegenwärtige Theologie verortet die Frage, wie Gottes Handeln in der Corona-Pandemie zu verstehen ist, im Kontext der Theodizee – Thematik: Ist es angesichts des Leidens so vieler Geschöpfe überhaupt berechtigt, auf die Existenz Gottes zu vertrauen? Angesichts der ungeheuerlichen Grausamkeiten in der Menschheitsgeschichte, an deren Verbreitung die Kirchen selbst beteiligt waren und sind, ist es in diesem Zusammenhang geboten, zwischen dem Handeln Gottes und dem Handeln von Menschen zu unterscheiden. Es darf nicht Gott angelastet werden, was Menschen selbst verschuldet haben – beispielsweise im Blick auf Vorsorgemaßnahmen bei der Bereitstellung von medizinisch notwendigen Geräten. Weltweit sind diesbezüglich die Bedingungen sehr unterschiedlich – auf Kosten der Armen in der Welt. Klagen sollten wir vor Gott – klagen vor allem über uns Menschen. Offene Fragen bleiben im Hinblick auf den Auslöser der Infektion. Aus christlicher Perspektive ist eines gewiss: Gott möchte das Leben und nicht den Tod seiner Geschöpfe; Gott möchte auch jene aus dem Tod erretten, die schuldig geworden sind. Nach christlicher Überzeugung straft Gott nicht, um Böses mit Bösem zu vergelten. Wir vertrauen auf einen Gott, der das Leben aller bewahren möchte.

Kann es sein, dass in der Reflexion über widerwärtige Geschehnisse auch heilsame Gedanken und Taten im menschlichen Bewusstsein an Bedeutung gewinnen? Viele von uns haben in diesen Tagen erlebt: Manche Gespräche am Telefon sind länger und nehmen unerwartet eine existentielle Wendung. Die Frage, was wir wirklich notwendig zum Leben brauchen, stellt sich neu. Stiller ist es in den Läden – man geht aufmerksamer miteinander um; das Leben „entschleunigt“ sich. Dabei sind einzelne Berufsgruppen – und davon nicht wenige im kirchlichen Raum – hoch privilegiert: Sie bewahren ihre Aufgaben und ihre finanziellen Bezüge im Home Office. Eine stärkere Solidarität mit anderen Berufsgruppen, die nicht diesen Vorzug haben, ist sehr zu wünschen. Neu in das Bewusstsein gekommen ist die Erkenntnis, wie differenziert die berufliche Wirklichkeit ist und in welchen Rahmenbedingungen Menschen ihren Lebensunterhalt verdienen. Besonders



Frauen sind im Home Office bei gleichzeitiger Begleitung von Kindern und Jugendlichen im Höchstmaß gefordert. Dies sollte bei der Gestaltung der Gesellschaft in der Zukunft nicht vergessen werden. Oft besprochen wird, dass die neuen Herausforderungen, eine digitale Kommunikation ohne Reisen zu planen, nicht nur ökologische Vorteile hat – auch die menschlichen Zeitressourcen werden geschont. Es bedarf auf Zukunft hin einer klugen Abwägung: Persönliche Begegnungen sind nicht nur in religiösen Kontexten unverzichtbar. Einzelne Absprachen können auch auf anderen Wegen getroffen werden.

Die Stunde aller Christinnen und Christen

Es gibt in diesen Tagen im theologischen Kontext vieles zu besprechen, was im engeren Sinn dem kirchlichen Leben zuzuordnen ist. Kontroverse Einschätzungen über die Wirklichkeit der Kirchen kommen dabei zu Tage: Sollte es so viele per livestream medial vermittelte Feiern der Eucharistie in Bischofskirchen geben – oder wäre nicht gerade jetzt die Stunde aller Christinnen und Christen, die als Getaufte mit ihren Familien in den Häusern auf das biblisch überlieferte Wort Gottes hören und seine Wirksamkeit im Gespräch miteinander bedenken? Verstärkt die Corona-Krise eine Form der priesterlichen Spiritualität, bei der die amtliche Leitung der Feier der Eucharistie im Mittelpunkt steht? Sollte nicht häufiger liturgische Feiern medial angeboten werden, denen auch Frauen vorstehen können – beispielsweise die Verkündigung des Evangeliums in Wortgottesdiensten? Was bedeutet es auch für die Ökumenische Gemeinschaft, wenn der Bischof von Rom den Segen Gottes für die Stadt und die gesamte Welt (Urbi et Orbi) erbittet? Grundsätzlich stellt sich die Frage, ob Formen der Liturgie nicht zu stark im Blickpunkt der Kirchen in diesen Zeiten sind. Finden wir nicht viel zu wenige Worte der Mahnung, zwischen den armen und den reichen Ländern weltweit die Güter gerecht zu teilen? Wer erhebt (auch) in den Kirchen die Stimme, wenn Regierungen die günstige Gelegenheit nutzen, sich auf (scheinbar) legalen Wegen auf längere Zeit Vorteile zu verschaffen? Hat der sozial-diakonische Auftrag den Rang in der kirchlichen Verkündigung, der ihr vom Evangelium aus betrachtet zukommt? All diese kritischen Anfragen stellen sich. Sie bedürfen einer differenzierten Antwort, bei der die gute Absicht nicht völlig in Vergessenheit geraten sollte.

Gibt es eine höhere Erwartung der Menschen gegenwärtig, die Kirchen – gleich welcher Konfession – könnten geistliche Stärkung, Lebensmut, Trost angesichts des Todes, Weisung zum Handeln, einen Aufruf zu Diensten an den Ärmsten der Armen und Sinn für Gemeinschaft vermitteln? Die Antworten auf diese Frage variieren. Eines scheint gewiss: Die Theologie gibt in diesen Zeiten den Menschen zu denken. Existenzielle Fragen verbinden sich mit ethischen Herausforderungen: Welcher Mensch wird mit gerettet, wenn die das Leben rettenden Geräte nicht für alle ausreichen? Die Theologien aller Zeiten haben aus den Krisen gelernt, in denen sie formuliert worden sind. Ökumenische Worte sind von den Kirchenleitungen in diesen Zeiten gesprochen worden. Es gab viele Aktivitäten in den Kirchengemeinden sehr rasch, spontan und mit hoher Kreativität insbesondere in der vorösterlichen und österlichen Zeit. Sie werden nachwirken. Sie haben das Bewusstsein für hilfreiche Formen der kooperativen Pastoral von Männern und Frauen gestärkt. Insbesondere junge Menschen haben viele Ideen entwickelt, wie sie ihrem Glauben tätig Ausdruck geben können. Das über lange Zeit schon eingeübte soziale Engagement vor allem in den Frauen- und Jugendverbänden hat sich vor Ort in der Krise konkret bewährt.

Ein Wort aus der gemeinsamen jüdisch-christlichen alttestamentlichen Literatur lautet: „Für das Leben ist jeder Kaufpreis zu hoch“ (Psalm 49,9). Wenn es um Leben und Tod geht, dürfen fiskalische Überlegungen, Kalkulationen und Prognosen niemals den Vorrang haben. Es gibt gewiss sehr berechtigte Sorgen im Blick auf die wirtschaftliche Zukunft unseres Landes, von Europa und der gesamten Welt. Dennoch: Um die Bewahrung eines jeden menschlichen Lebens zu ringen, das ist das Gebot der Stunde im Sinne Gottes.

| Prof. Dr. Dorothea Sattler |

Professorin am Institut für Ökumene und Dogmatik der Westfälischen-Wilhelms-Universität in Münster, Sprecherin des ZdK-Sachbereichs 1 „Theologie, Pastoral und Ökumene“

Eine besondere Zeit mit besonderen Herausforderungen – aber kein Ausnahmezustand

Eine neue Dimension ethischer Konflikte in akuten Entscheidungssituationen

Der Umgang mit der Corona-Pandemie hat Politik und Gesellschaft mit ethischen Problemen und Dilemmata konfrontiert, die uns viele Jahre erspart geblieben sind. Unser vergleichsweise gut ausgestattetes Gesundheitssystem hat es dem medizinischen Personal in den allermeisten Fällen erlaubt, allen Patientinnen und Patienten die nötige (wenn auch nicht immer die bestmögliche) Behandlung zukommen zu lassen. Abwägungsentscheidungen gab es natürlich auch vorher schon, aber nur bei Organtransplantationen musste Menschen eine lebensrettende Behandlung verwehrt werden, da es nicht genügend Organspenden gab.

Der ungebremsste Anstieg an Corona-Erkrankungen jedoch hat Ärztinnen und Ärzten in anderen europäischen Staaten wie Italien bereits ganz konkret vor die Entscheidung gestellt, welche Erkrankten Beatmungsgeräte bekommen und welche Erkrankten aufgegeben werden müssen. Diese Entscheidungen nennt man Triage. Es sind Entscheidungen, die diejenigen, die sie treffen müssen, psychisch schwer belasten und überfordern können – auch wenn sie nach bestem Wissen und Gewissen und anhand von Kriterien getroffen worden sind, die medizinische Fachgesellschaften und mit ihnen der Deutsche Ethikrat empfehlen. Nach den falschen Kriterien getroffen, können sie zu Entscheidungen über wertiges und unwertes Leben führen.

Die große Einigkeit über die Notwendigkeit der Eindämmungsmaßnahmen gegen eine zu rasche Ausbreitung des Virus ist im öffentlichen Diskurs hierzulande längst wieder vorbei. Das ist auch gut so: Zu demokratisch legitimierten Entscheidungen gehört der Streit der Argumente und Positionen, ebenso wie die Notwendigkeit, Entscheidungen zu begründen, anstatt sie einfach als alternativlos hinzustellen. Ethisch rechtfertigt allerdings das Ziel, Triage-Situationen zu vermeiden, auch manche Maßnahmen, die aus anderer Sicht übertrieben erscheinen. Die bleibende Herausforderung wird sein, unsere Gesellschaft und unser Gesundheitssystem resilient zu machen gegen Pandemien. Damit Ärztinnen und Ärzte auch künftig nicht entscheiden müssen, wessen Leben sie versuchen zu retten und wen sie aufgeben.

Menschenwürde als Maßstab beim Schutz des Lebens und der Grundrechte

Eine solche Zielsetzung, die Ausbreitung des Virus zu verlangsamen, damit das Gesundheitssystem die Versorgung der Erkrankten bewältigen kann, ist aber zu unterscheiden von einer Verabsolutierung des Gesundheitsschutzes nach dem Motto „Es geht um Leben oder Tod, da verbieten sich alle weiteren Fragen“.

Es sind viele Grundrechte eingeschränkt worden, um den Shutdown von Gesellschaft und Wirtschaft durchzusetzen. Grundrechte dürfen aber selbst in Krisenzeiten nicht umstandslos ausgesetzt werden. Ihre Einschränkung ist begründungspflichtig, muss verhältnismäßig sein und so gering wie möglich. Auch das Recht auf Leben kann nicht ohne Rücksicht auf alle anderen Rechte durchgesetzt werden. Umso weniger, wenn das Leben von Menschen gegen ihren eigenen Willen geschützt werden soll. In den zahlreichen medizinethischen Diskussionen um Beginn und Ende des menschlichen Lebens hat sich das ZdK immer für den Schutz des Lebens stark gemacht, diesen aber auch immer in Einklang mit dem Recht auf Selbstbestimmung im Sinne von Patientenrechten zu bringen versucht.

Palliativmediziner haben im Blick auf die intensivmedizinische Behandlung von Corona-Erkrankten zu Recht eingefordert, Patientinnen und Patienten stärker danach zu befragen, ob sie eine solche Behandlung überhaupt wünschen, also den Patientenwillen wieder zu stärken. Gesundheitsschutz um jeden Preis droht sonst zu paternalistischer Entmündigung zu werden. Das gilt auch im Blick auf die in den vergangenen Wochen isolierten Menschen in Pflege- und Altersheimen und noch mehr für die Begleitung von schwerkranken und sterbenden Coronapatienten.

Es ist entscheidend zu verstehen, dass es bei der Eindämmung der Pandemie nicht darum geht, das Virus zu vernichten. Covid19 wird nicht mehr verschwinden, genauso wenig wie das HIV-Virus oder das Grippevirus. Wir werden vielmehr lernen müssen, mit dem Virus zu leben. Das bedeutet, auch ein Restrisiko in Kauf zu nehmen, wenn es



um existentielle Nöte von Menschen geht. Fragt man die Bewohnerinnen und Bewohner von Pflegeheimen oder Sterbende nach ihrem Willen, dann gibt es viele, die lieber eine Infektion mit dem Virus in Kauf nehmen würden, als einsam und isoliert zu leben – und zu sterben. Es ist eine Frage der Menschenwürde, ihnen Besuch oder den Abschied von ihren Liebsten zu ermöglichen.

Es gibt Menschen, für die die Folgen der Schutzmaßnahmen besonders belastend sind. Das sind neben einsamen oder psychisch belasteten Menschen auch Kinder und Jugendliche. Viele von ihnen kommen mit digitalen Lernangeboten allein nicht zurecht. Für geflüchtete Kinder in engen Gemeinschaftsunterkünften gilt das in verschärfter Weise. Sie drohen den Anschluss unwiderruflich zu verlieren, wenn sie nicht bald wieder in Kontakt mit Schule kommen. Hier kommen Grundrechte in Konflikt miteinander. Dafür braucht es Lösungen, die möglichst auch dem Recht auf Bildung Rechnung tragen.

Starke Demokratie und starke Zivilgesellschaft – gegen Verschwörungstheorien

Ein demokratischer Rechtsstaat braucht eine starke Zivilgesellschaft, er braucht die Möglichkeit, abweichende Positionen und auch Protest öffentlich zu äußern und er braucht die Kontrolle von Macht. Die Verlagerung der Macht auf die Exekutive ist in einer Notsituation ein Stück weit unvermeidlich. Dennoch ist es beunruhigend, wie schnell die Debatte über Notparlamente an Fahrt aufnahm und wie viele Abgeordnete offenbar bereit waren und sind, ihre parlamentarischen Kontrollrechte abzugeben. Wenn wir unsere Gesellschaft resilienter machen wollen für Pandemien, müssen wir diese Grundsäulen der Demokratie dringend stärken.

Zu diesen Grundpfeilern gehört auch die Versammlungsfreiheit. Was sich aber in Berlin und anderswo an vermeintlich um die Demokratie und Meinungsfreiheit besorgten Bürgerinnen und Bürgern als sogenannter „Widerstand 2020“ sammelt, ist zutiefst antidemokratisch. Es handelt sich um eine neue Querfront aus Rechts- und Linksextremen,

Impfgegnern, Antisemiten und Verschwörungstheoretikern. Beklatscht wird unterschiedslos alles, was gegen „die da oben“ geht, einig sind sich alle in der Feindlichkeit gegenüber wissenschaftlichen Erkenntnissen und Empirie. Sie setzen auf den Ausnahmezustand.

Was dagegen zu tun ist, ist das so lohnende wie mühsame Geschäft der Aufklärung. Der Reduktion von Komplexität auf vermeintlich einfache Antworten und Schuldzuweisungen zu widerstehen, selbst zu urteilen, Wissenschaft und Forschung ernst zu nehmen, ohne die politischen Entscheidungen an sie zu delegieren. Zuletzt: als Bürgerinnen und Bürger die Gesellschaft selbst aktiv mitzugestalten. Das ist in den nächsten Monaten vielleicht so spannend wie nie zuvor. Denn wenn wir wollen, dass die Gesellschaft zukunftsfähiger und krisenfester wird, dann darf es eben kein möglichst rasches Zurück zur alten Normalität geben. Wir müssen die Chance nutzen, aus den Erfahrungen im Umgang mit Corona zu lernen. Denn was vorher schon nicht gut war, funktioniert in einer Pandemie überhaupt nicht mehr. Zugleich sind wir alle herausgerissen aus unserem Alltag, der uns im Griff hatte. Das ist eine Chance, neue Wege auszuprobieren, die wir nicht versäumen sollten.

| Bettina Jarasch MdA |

Sprecherin des ZdK-Sachbereichs 2
„Politische und ethische Grundfragen“

Eine neue Wirtschaft nach der Krise?

Den Strukturwandel beschleunigen

Die Regierungen in Bund und Ländern haben beispiellose Maßnahmen ergriffen, um die Verbreitung des Coronavirus zu verlangsamen. Bereits heute können wir sagen, dass viele dieser Maßnahmen gewirkt haben und noch immer wirken. Ausgangssperren sind drastische Mittel, gerade für die Schwächsten unserer Gesellschaft. Nach mehreren Wochen mit Kontaktbeschränkungen, geschlossenen Schulen und Kitas und starken Einschränkungen des öffentlichen Lebens, sehnen sich wohl die meisten Menschen zu einer Rückkehr zur Normalität. Die Stimmung ist bei vielen gereizt, auch dies ist nachvollziehbar. Rückbesinnung kann helfen und das Bewusstsein dafür stärken, was wir wirklich brauchen in unserer Gesellschaft. Schon jetzt zeigt die Krise viele solidarische, nachbarschaftliche Ansätze, die ein wertvoller Beitrag für ein neues Miteinander sein können.

Die Menschen im Land folgen einem richtigen Instinkt, wenn sie in der Corona-Krise ihre Blicke zunächst auf die Betroffenen sowie diejenigen richten, die die Krankheit an vorderster Front bekämpfen: all jene, die im Gesundheitssektor tätig sind und die vielen ehrenamtlichen Helferinnen und Helfer, die unsere Unterstützung und Anerkennung verdienen. Gleichzeitig muss an dieser Stelle deutlich werden: Wertschätzung und Anerkennung bestehen nicht (nur) aus Applaus und Worten des Dankes. Die Anerkennung muss auch kurzfristig und dauerhaft in einer besseren Bezahlung von Pflegeberufen etabliert werden.

Die Corona-Krise hat große Teile des Wirtschaftslebens zum Erliegen gebracht: Wir erleben einen Rückgang der gesamtwirtschaftlichen Nachfrage bei einem gleichzeitigen Rückgang des Angebots. Dies ist eine explosive Situation, gepaart mit großer Unsicherheit sowie Liquiditätsproblemen. Hunderttausende Menschen verlieren Einkommen. Viele kleine und mittlere Unternehmen wissen nicht, wie sie ihre Mitarbeiter und Lieferanten in diesem Monat bezahlen sollen. Großunternehmen bangen um ihre Zukunftsfähigkeit im rauen Weltmarkt, neuer Protektionismus macht sich breit.

Obwohl die anfänglichen wirtschaftlichen Folgen der Corona-Krise denen einer Depression gleichen, besteht die Chance einer nicht langsamen konjunkturellen Erholung, vor allem, weil die Politik viele sinnvolle wirtschaftspolitische Maßnahmen vornimmt. Das effektivste Instrument dafür ist in der kurzen Frist schlicht die Bekämpfung der Epidemie. Alle anderen Mittel sind wirkungslos, wenn wir das Virus nicht in den Griff bekommen. Erst wenn dieses vorrangige Problem gelöst ist, kann die Wirtschaft wieder in Schwung kommen. Eine staatliche Bereitstellung von Schutzkleidung, die Ausweitung von Tests und die Entwicklung einer frühzeitigen Strategie zur Erhaltung des öffentlichen Lebens unter Auflagen in Zeiten einer Pandemie – all dies sind Maßnahmen, die derzeit getrost auch als Wirtschaftspolitik bezeichnet werden dürfen. Zusätzlich unterstützt eine solche Politik individuelle und solidarische Schutzmaßnahmen.

Insolvenzen wirksam bekämpfen

Während die Regierung bei der Bekämpfung des Virus in der Tat neue Wege beschreitet, setzt sie beim Kampf gegen die Wirtschaftskrise auf Altbekanntes: Kurzarbeitergeld, KfW-Kredite, Steuerstundungen, Rettungsfonds, Konjunkturpakete. Eine zusätzliche Ausweitung des Kurzarbeitergeldes ist sinnvoll und hält die Menschen in den Betrieben. Auch die Bereitstellung von Krediten ist wichtig. Die Regierung sollte jedoch darauf achten, dass die zur Verfügung gestellte Liquidität auch bei kleinen und mittleren Unternehmen und natürlich Selbständigen ankommt. Dabei müssen die Hausbanken mitziehen und einen kleinen Teil des Risikos auf sich nehmen – ein Schritt, der vielen gerade schwerfällt. Aber nur so können Insolvenzen wirksam vermieden werden. Am Ende der Krise sollte die Regierung überlegen, ob ein Teil der Kredite in Transferzahlungen umgewandelt werden kann. Solche Transfers könnten zum



Beispiel durch eine höhere Besteuerung von zukünftigen Unternehmensgewinnen finanziert werden.

Die Krise stellt neue Fragen an Politik, Wirtschaft und Gesellschaft. Wir hatten eine lange Phase der Hochkonjunktur, die aber mitunter auch zu Selbstzufriedenheit und Sättigkeit geführt hat. Jetzt gilt es, das Modell Deutschland für eine künftige Zeit neu zu begründen. Deshalb ist es jetzt wichtig, Strategien zu entwickeln, um die Wiederaufnahme der Wirtschaftstätigkeit mit dem Eindämmen der Corona-Epidemie vereinbar zu machen. Die entscheidende Frage lautet also:

Welche Wirtschaft wollen wir für die Zukunft und wie können wir sie erreichen?

Der brutale Stopp von globalen Produktions- und Lieferketten durch das Virus gibt den Unternehmen die Chance, ihre technologischen Plattformen neu auszurichten. Behutsamer Wandel weicht dem grundsätzlichen, Entwicklungsstufen werden übersprungen. Ein Beispiel dafür ist die Umstellung der deutschen Stahlindustrie auf grünen Wasserstoff, der zu 100% aus regenerativen Energiequellen gewonnen wird. Ein sehr ehrgeiziges Ziel, das den deutschen Stahl dann zum saubersten der Welt machen würde. Die Krise könnte dazu genutzt werden, diesen Strukturwandel zu beschleunigen.

Millionen deutsche Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer erleben derzeit ein digitales Erwachen: Home Office, Video-Konferenzen und Arbeiten in der Cloud. Sie entwickeln ein Gespür dafür, wann und wie digitale Tools helfen – und wann das persönliche Gespräch die bessere Option ist. Diese Normalisierung im Umgang mit der neuen Arbeitswelt wird unserer Wirtschaft guttun. Blicke noch das Problem mit der unzureichenden Infrastruktur: Lücken im Mobilfunknetz, fehlende Glasfaser-Anbindungen, unzureichende IT-Kapazitäten in den Unternehmen. Wenn die Bundesregierung ein Konjunkturprogramm im dreistelligen

Milliardenbereich auf die Beine stellt, scheint klar, wohin ein großer Teil der Gelder fließen sollte.

Nicht zuletzt der Lebensmittelhandel zeigt uns in diesen Wochen, wie flexibel er ist und wie er den Menschen hilft, dass sie sich keine Sorgen um Lebensmittel machen müssen. Der Handel und auch viele Gastronomen beliefern Menschen, die ihre Wohnungen nicht verlassen können, und leisten damit einen wichtigen Beitrag. Gleichzeitig verstehen die Menschen heute mehr denn je, wie eng sie mit ihren lokalen Unternehmen verbunden sind – mit dem Bäcker, dem Café, dem Fitnessstudio. Das gleiche gilt – auf anderer Ebene – für viele Unternehmen: Sie merken, dass sie auch mit ihren lokalen Geschäftspartnern eng verbunden sind, dass wir mehr Transparenz in den globalen Lieferketten brauchen und Outsourcing nicht alle Probleme lösen kann. Auch hier gilt: Die Krise kann ein Treiber sein, um sich nachhaltiger aufzustellen.

| Michael Wedell |

Sprecher des ZdK-Sachbereich 3
„Wirtschaft und Soziales“

Wunde und Wunder – Kultur in der Corona-Krise

Kultur als ‚Lebensmittel‘

Wenn Abstand die erste Bürgerpflicht ist, dann trifft das die Kultur und die Kreativen besonders hart. Denn sie sind auf Nähe angewiesen, auf die Gemeinsamkeit von intellektueller und körperlicher Präsenz – sowohl die Künstler wie auch ihr Publikum. Dabei spüren wir doch jetzt mehr denn je, wie dringend wir die Künste brauchen. Weil sie uns helfen, diese Situation der Dauer-Distanz zu begreifen, uns über ihre Folgen klarzuwerden, sie womöglich zu bewältigen – deshalb sind sie unentbehrlich. Auch jetzt, und erst recht nach der Corona-Pandemie sind wir angewiesen auf Theaterleute, Künstler, Musiker, die für unsere Gesellschaft Motor und Korrektiv sind. Darum müssen diejenigen, die über diese Möglichkeiten verfügen, alles in ihren Kräften Stehende tun, um sie zu unterstützen, sie zu fördern und abzusichern. Dabei ermutigt die Fördernden der Blick auf das, was sie trotz der allgegenwärtigen Abstandspflicht schaffen.

Das kulturelle Leben findet auch in Corona-Zeiten seinen Weg. Bühnen zeigen ihre Vorstellungen im Internet, Musikerinnen und Musiker machen ihre Wohnzimmer zum Aufnahmestudio, und die Poesie überwindet wunderbarerweise jede räumliche Distanz. Und manchmal auch die Zeit. Wie aufschlussreich auf einmal Gedichte werden können, die aus der Erfahrungen früherer Zusammenbrüche heraus trösten: Gedichte wie Mascha Kalekos „Rezept“, in dem es heißt: „Jage die Ängste fort / Und die Angst vor den Ängsten“, und etwas später: „Die Wunde in dir halte wach / Unter dem Dach im Einstweilen. / Zerreiß Deine Pläne. Sei klug / Und halte dich an Wunder. / Sie sind lang schon verzeichnet / im grossen Plan. / Jage die Ängste fort / Und die Angst vor den Ängsten.“

Das ist auch unser Text – jetzt, da so viele Pläne zerrissen werden müssen, da jede und jeder von uns unter dem eigenen Dach im Einstweilen verharrt und die Wunde, ob wir wollen oder nicht, wachgehalten wird und uns wachhält. Vielleicht könnten wir die Zeit nutzen, um klug zu werden und lernen, uns an Wunder zu halten. Wunder, die im „großen Plan verzeichnet“ sind.

Was die künstlerisch Schaffenden uns in diesen Wochen aus ihrem Homeoffice zu sehen, zu hören und zu denken geben, das ist schon so ein Wunder. Denn es verwandelt ausgerechnet den Bildschirm in einen Ort persönlicher, vertraulicher Begegnungen – diesen Bildschirm, der sich in unseren kunstfrei-profanen Alltagsversuchen von Woche zu Woche mehr als Ort einer entfremdeten und entfremdenden visuellen Nähe erweist, in der die tatsächliche Distanz nur immer schmerzlicher spürbar wird. Es muss ja sein, niemand kann etwas dafür; und doch sind diese Meetings, bei denen wir einander pausenlos in die reihenförmig angeordneten Gesichter blicken müssen, alles Mögliche, nur keine Begegnung.

Katholikinnen und Katholiken in besonderer Weise für Kultur empfänglich?

Auch wenn vielen Künstlerinnen und Künstlern die Ausdrucksformen und Ausdrucksforen genommen sind, die sie brauchen, und ihnen nur dasselbe Warten und Siehgedulden bleibt wie uns anderen auch – einige erinnern uns ausgerechnet über den Bildschirm daran, wie sehr wir Kunst, Musik und Poesie nötig haben. Was die Berliner Philharmoniker in abstandwährend kleiner Besetzung, was Lady Gaga und ihre Mitstreiter im ortsverteilten Popkonzert, was so viele Theaterleute, Artisten, Spaßmacher über ihre Websites herzustellen vermögen, das ist inmitten der virtuellen Welt und mit ihren eigenen Ausdrucksformen ein Geschehen von Angesicht zu Angesicht. Es ist eines dieser Wunder, die wir jetzt lernen.

Für dieses neue Erleben von, summarisch gesagt, ‚Kultur‘ sind vielleicht Katholikinnen und Katholiken in besonderer Weise empfänglich. Der Kult und die Kultur teilen in einer Tiefe, die auch mit ihrem gemeinsamen Ursprung zu tun hat, diesen besonderen Sinn für das Ritual, für die Schönheit von Ordnung und Form. Der Theologe Fulbert Steffensky hat das vor kurzem, im Blick auf seine Erfahrungen in der Corona-Krise, als Empfehlung so formuliert: „Suche dir Formen, die Grenzen in deinem eigenen Leben setzen und



das Zerfließen des Lebens verhindern. Formen gürten den müden Geist. Triff Absprachen mit dir selbst, so wirst du der Verwahrlosung entkommen und nicht in dir selbst ertrinken. Begib dich deiner unerträglichen Willkür und Zufälligkeit, und du wirst frei. Es sind eigentümliche katholische Vorstellungen, die neu bedacht werden: Ordnung, Form, Ritual, Gestaltung, Struktur; Skepsis gegen Spontaneität und gegen Verherrlichung der Authentizität.“ Vielleicht beschreiben diese Sätze – jedenfalls für Menschen mit katholischer Erfahrung und ohne voreilige Vereinnahmung – etwas, das auch für unser Angewiesensein auf Kunst und Kultur gerade in diesen Wochen gilt. Lange haben wir in Deutschland nicht mehr so unmittelbar wie in diesen Tagen begriffen, dass Kultur tatsächlich kein Luxus ist, den man sich nur in Zeiten des Wohlstands leistet, sondern ein Lebensmittel – im wahrsten Sinne des Wortes.

Schnelle und unbürokratische Hilfe

Das Lebensmodell von Künstlern und Kreativen ist krisenanfällig. Corona ist ein Angriff auf dieses Lebensmodell. Viele von ihnen sind Selbstständige, die nicht in erster Linie nach materiellem Gewinn streben, sondern einer anderen Motivation folgen. Sie wollen unbedingt ihr Ding machen. In ihrer Unbedingtheit sind sie so etwas wie ein kritisches Korrektiv und damit existenziell für die Demokratie. Die deutsche Kulturlandschaft ist deshalb so einzigartig, weil sie nicht nur aus der Hauptstadt besteht, sondern aus einem riesigen "Netz geistiger Tankstellen" im ganzen Land. Und die sind derzeit tatsächlich existenziell bedroht.

Wenn, wie es derzeit täglich irgendwo gesagt wird, wir alle verändert aus dieser Krise hervorgehen, dann wird eines nicht fernen Tages daran zu erinnern sein, dass Kultur – nicht nur, aber auch – in unserem Land so etwas ist wie der Modus unseres Zusammenlebens. Und wenn diese Feststellung mehr sein soll als ein Lippenbekenntnis, dann wird nach dem Neuanfang auch an die fundamentale Bedeutung der Kulturförderung für unser Land zu erinnern sein. Und das heißt: Keine einzige Buchhandlung, kein einziges

Kino und kein Konzerthaus, kein Theater und keine Kleinkunstbühne soll auf der Strecke bleiben. Die vielen Unternehmer und Freiberufler der literarischen, musikalischen, künstlerischen Szenen sollen darauf vertrauen können, dass von denen, die kulturpolitische Verantwortung tragen, Hilfe kommt, so schnell und so unbürokratisch wie möglich. Vielleicht wird es gar nicht so schwer sein, unter den vielen Forderungen, die jetzt und erst recht irgendwann nach dem Ende der Krise erhoben werden, denjenigen der Kultur, Gehör zu verschaffen. Denn es scheint, als sei die Solidarität mit den künstlerisch Kreativen in unserem Land lange nicht so breit gewesen wie jetzt – bei uns allen im Lockdown, im Sicherheitsabstand, vor den Bildschirmen.

Prof. Dr. Dr. Heinrich Detering

Literaturwissenschaftler und Professor am Seminar für Deutsche Philologie an der Georg-August-Universität Göttingen, Mitglied des ZdK

Prof. Monika Grütters MdB

Staatsministerin bei der Bundeskanzlerin und Beauftragte der Bundesregierung für Kultur und Medien, Sprecherin des ZdK-Sachbereichs 4 "Bildung, Kultur und Medien"

Für unsere Zukunft: Den Familien Raum zum Atmen schaffen

Vertrauen in die Verantwortlichkeit der Bürger*innen.

In diesen Tagen gesteht sich die eine oder der andere wohl ein, froh zu sein, dass wir in Deutschland leben. Seit sieben Wochen ist unser Land, ist die ganze Welt im Ausnahmezustand. Und wir erleben, wie stark das unseren Alltag prägt. Wir dürfen in Deutschland froh sein über das transparente, planvolle und begründete Handeln der Regierenden. Wir dürfen froh sein über das Vertrauen, dass sie in die Bevölkerung setzen, sich an den Schutzmaßnahmen, Abstands- und Hygieneregeln zu beteiligen – was sich ganz überwiegend sehr bewährt.

Maßnahmen wie Kurzarbeitergeld und Überbrückungskredite für Selbständige, ausgeweitete Regelungen beim Elterngeld, Technik-Förderung beim Homeschooling, zinslose Darlehen für Studierende, Unterstützung von Kunstschaffenden und Gastronomen kommen auch den ca. 11,4 Millionen Familien in Deutschland zugute. Im Sachbereich „Familie“ gilt ihrer Situation unsere besondere Aufmerksamkeit.

Für die Menschen in den Familien hat sich der Alltag drastisch geändert. Homeoffice und erhöhte Arbeitsbelastung in systemrelevanten Berufen, ggf. Kurzarbeit, Auftragseinbrüche oder Arbeitslosigkeit, Schule via Internet und E-Learning prägen das derzeitige Leben der Familienmitglieder. Und mindestens so entscheidend wie im Erwerbs- und Ausbildungsbereich haben sich auch die sozialen Kontakte verändert, ggf. verringert.

Zu Beginn: Es gibt viel Positives zu beobachten in der Corona-Zeit. Schon kurz nach Ausbruch der Krise war eine starke und berührende Solidarität erlebbar. Junge boten Älteren an, für sie einzukaufen, viele kreative Lösungen fanden sich, um Kindern den Kontakt zu ihren Spielgefährten*innen zumindest ansatzweise zu ersetzen, mit steiler Lernkurve für alle Generationen wurden technische Lösungen installiert, um über digitale Wege gemeinsam Kaffee zu trinken. Die Spenden- und Einsatzbereitschaft stieg, um diejenigen zu begleiten, die in sozialen Projekten von den Einschränkungen besonders betroffen waren. Familiäre und freundschaftliche Bande wurden erweitert durch lokale und

nachbarschaftliche Solidarität. All denjenigen, die über die eigene familiäre Situation hinaus Hilfe angeboten haben und annehmen konnten, sei hier herzlich gedankt!

Gefährdungen familiären Lebens

Gleichzeitig müssen wir sehen, wie gefährdet in den Familien Grundbedingungen von Würde und Chancengleichheit in dieser Krisenzeit sind. Vielerorts ist die Situation prekär. Die familienpolitische Trias aus Geld, Zeit und Infrastruktur macht Handlungsbedarf deutlich.

Die finanzielle Situation der Familien muss weiter im Blick bleiben. Familien, deren Einkommen coronabedingt drastisch verringert ist, weniger planbar wurde oder ganz weggefallen ist, stehen unter enormem Druck. Oft ist zu erleben, dass sich die Belastungen durch finanzielle Einbußen, unsichere Zukunftsaussichten und den Wegfall von sinnstiftenden Arbeitsaufgaben gegenseitig verstärken.

Ohne Frage beschert die Corona-Situation den meisten Familien in Deutschland mehr Zeit füreinander und miteinander – mit allen Vor- und Nachteilen. Wir erleben eine Renaissance der Häuslichkeit. Nicht nur am Ausverkauf von Mehl und Hefe bleibt zu vermuten, dass in vielen Küchen in Deutschland mehr selbst gebacken und gekocht wird. Diverse Familien freuen sich am Anpflanzen von Balkon- und Gartenkräutern, nehmen Renovierungsarbeiten in Angriff und schnüren die Schuhe zu Ausflügen in die Natur. Und die exponentiellen Verkaufszahlen von Gesellschaftsspielen lassen auf Interaktion und kurzweilig verbrachte gemeinsame Zeit schließen.

Aber wir sehen auch die Schattenseiten dieser Verdichtung von Raum und Zeit. Viele Familien leben in beengten Verhältnissen und stoßen mit allen Anforderungen, die auf die einzelnen Familienmitglieder einströmen, ohne Rückzugsorte und Ausweichmöglichkeiten an ihre Grenzen. Mütter wie Väter fühlen sich neben den eigenen beruflichen Rhythmen für die fristgerechte Erledigung von Schulaufgaben mit verantwortlich. Und es bleibt die Sorge für pflegebedürftige Angehörige, vor allem wenn sie alters- und



krankheitsbedingt zu den Risikogruppen zählen. Als ZdK sehen wir auch die Entwicklung, dass Sorgearbeit wieder verstärkt bei den Frauen angesiedelt wird und sie mehrfach belastet sind. Einige Paare fallen in Rollenmuster zurück, in denen Arbeit und Chancen nicht gleichberechtigt verteilt sind. Als ZdK sehen wir die Situation vieler Alleinerziehender und Alleinlebender, und wir erleben, wie einsam viele Menschen durch die Corona-Krise geworden sind. Als ZdK sehen wir die Gefahr von seltener erkannter häuslicher Gewalt, für die Stress einer der Hauptauslöser sein kann. Und wir erleben als ZdK, dass die Welt scheinbar klein geworden ist und die Aufmerksamkeit vor allem ins Private gerichtet ist. Wir nehmen solidarisch die Situation von Familien weltweit in den Blick.

Familien als Indikator für eine funktionierende Gesellschaft

Die Corona-Pandemie wirkt wie ein Brennglas: An ihr wird radikal deutlich, was wir als human verstehen und was für uns als Einzelne und als Gemeinschaft von ausnehmendem Wert ist. Einmal mehr zeigt sich, dass Familien der Indikator für eine funktionierende Gesellschaft sind. Und dass Modelle nötig sind, die Zeiten von Erwerbs- und Sorgearbeit, Selbstsorge und Sorge für die Gesellschaft flexibel und krisenfest miteinander verbinden.

Wir möchten uns besonders dafür einsetzen, dass

- Familien in Bezug auf Geld und Infrastruktur durch zielgerichtete Maßnahmen weiter unterstützt werden. Sie brauchen nicht die politische Aufmerksamkeit im Sinne von Leistungsempfängern, sondern sie verdienen sie als systemrelevante und unverzichtbare Leistungsträger.
- die Situation von Kindern eigens in den Fokus genommen wird. Sie erleben diese Situation anders als Erwachsene und müssen mit ihrer Perspektive ernst genommen werden. Für kleine Kinder ist es wenig verständlich, dass sie derzeit nicht unbeschwert mit ihren Freunden spielen dürfen. Für Jugendliche und

junge Erwachsene entfallen wichtige Rituale in Gemeinschaft, die Übergänge im Leben besonders feiern und begehen, wie u. a. bei Schulabschlussfeiern. Bereits erfolgte Ausbildungspläne müssen neu angegangen werden, wenn sich Unternehmen aus Umsatzeinbußen zu einem Einstellungsstopp durchgerungen haben, oder bereits geplante Freiwilligendienste abgesagt werden, weil Reisebeschränkungen gelten. All dies verändert das Leben der Kinder und jungen Erwachsenen. Gleichzeitig sind sie oft Vorreiter für neue Formen von Kommunikation, innovative Lösungen und mit gutem Beispiel bei Solidaritätsaktionen zum „Support of Locals“ unterwegs.

- die Situation von Kranken und Trauernden im Blick bleibt. Kranke besuchen, Tote begraben und Trauernde begleiten, das sind Werke, die wir als Christinnen und Christen aus Barmherzigkeit tun. Und weil sie für uns ganz wesentlich mit unserem Menschsein verbunden sind. Es ist besonders schwer zu ertragen, dass gerade sie in der Corona-Zeit nur eingeschränkt möglich sind. Wir hoffen sehr, dass sich für die seelsorgliche Begleitung Kranker, den Beistand Sterbender und für Beerdigungen bald weitere Öffnungen ergeben. Als ZdK unterstützen wir die Empfehlungen der Deutschen Gesellschaft für Palliativmedizin, die sich u. a. für die Situation von Angehörigen einsetzt.

Wenn weitere Lockerungen geplant werden sollten, bei aller Unterstützung der Wirtschaftskraft, nicht zuletzt aus Unterstützung für die Familien in unserem Land, auch weiteren Öffnungen für soziale Kontakte bedacht werden – mit Vertrauen in die Verantwortlichkeit der Bürger*innen.

| Birgit Mock |

Geschäftsführerin des Hildegardis-Vereins e. V.,
Sprecherin des ZdK-Sachbereichs 5 „Familie“

Weltweite Solidarität und globale Verantwortung in Zeiten der Krise

Lieferkettengesetz: Jetzt erst recht!

Die negativen Auswirkungen und damit einhergehenden Einschränkungen der Corona-Krise sind immens und wohl für jede und jeden von uns derzeit am eigenen Leib erfahrbar. Neben den negativen Auswirkungen auf den privaten, gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Bereich gibt es zugleich aber auch unerwartet positive Effekte auf unsere Umwelt und das Klima. Es liegt auf der Hand, dass dies kurzfristige Entwicklungen sind, die auf Dauer keinen Bestand haben werden. Aber es verdeutlicht auf anschauliche Art und Weise, wie sensibel unser Klima ist und dass unsere Verhaltensänderungen messbare Auswirkungen haben. Neben all den negativen Auswirkungen, die es zu beachten und wo immer möglich abzumildern gilt, zeigt sich aber in diesem Kontext die große Chance für eine nachhaltig sozial-ökologische Transformation.

Dazu ist es von immenser Bedeutung, die Klimakrise – auch wenn sie medial zurzeit an Bedeutung verloren hat – nicht aus dem Blick zu verlieren. Wie die Corona-Pandemie ist die Klimakrise eine Entwicklung, die wir nicht unmittelbar sehen, deren kurz- und langfristige Auswirkungen allerdings verheerend sein können und es teilweise auch schon sind. In Zeiten von Krisen sind Verhaltensänderungen erforderlich. Zur Überwindung dieser Krise sollten wir unser Verhalten und unsere Wirtschaftsweise mit der Zielperspektive einer ökologisch und sozial gerechten Gesellschaft verändern. Dafür ist es unter anderem notwendig, dass die getroffenen nationalen und internationalen klima- und umweltpolitischen Vereinbarungen weiterhin von Bestand sind und eingehalten werden. Es wäre in der aktuellen Situation unverantwortlich – so sehr auch die Bekämpfung der Corona-Krise von Bedeutung und Dringlichkeit ist – hinter geplanten Maßnahmen und Zielen zurückzubleiben. Maßnahmen zur Stützung der Konjunktur dürfen dem nicht widersprechen.

In Deutschland haben wir in den vergangenen Wochen glücklicherweise feststellen können, dass unser Gesundheitssystem mit einer derartigen Pandemie umgehen kann, wenn vorgehende Maßnahmen getroffen werden. Es liegt auf der Hand, dass dies nur möglich ist, weil unser Gesundheitssystem verhältnismäßig gut mit finanziellen Mitteln und ausreichend Personal ausgestattet ist – auch wenn es

hier sicherlich noch Verbesserungspotential gibt. Viele Länder – insbesondere im globalen Süden – befinden sich nicht in dieser komfortablen Position und sehen sich angesichts der vielen Unsicherheiten der Pandemie mit großen Problemen konfrontiert. Ein solidarisches Miteinander der globalen Gemeinschaft ist in diesen Zeiten umso mehr von Nöten.

Viele Verbände und Initiativen, so auch das ZdK, sprechen sich schon seit Langem für die Einführung eines Lieferkettengesetzes aus, welches Unternehmen verpflichtet, die menschenrechtlichen und ökologischen Sorgfaltspflichten in ihren globalen Lieferketten vollumfänglich – und damit auch bei Subunternehmern und Zulieferern – einzuhalten. Entwicklungsminister Dr. Gerd Müller und Arbeitsminister Hubertus Heil hatten zuletzt angekündigt, dieses Lieferkettengesetz gemeinsam auf den Weg bringen zu wollen. Diese Initiative ist begrüßenswert und verdient Respekt und Anerkennung. Nun ist allerdings mit großer Sorge zu beobachten, dass das Vorhaben der beiden Minister wohl vorerst gestoppt wurde.

Auch diese Thematik lässt sich im Lichte der Corona-Krise betrachten, verweisen doch gerade einige Akteure darauf, dass es zum aktuellen Zeitpunkt unverantwortlich wäre, die Unternehmen mit zusätzlichen Auflagen durch ein Lieferkettengesetz zu belasten. Hier sollte man deutlich machen: jetzt erst recht. Gerade jetzt wird unmissverständlich deutlich, wie abhängig wir von globalen Lieferketten sind. Es wird aber auch offenkundig, wie undurchsichtig und fragil einige dieser Lieferketten sind. Die Krise wird wohl zwangsläufig dazu führen, dass Unternehmen Lieferketten besser strukturieren und absichern müssen. Insofern ist es genau der richtige Zeitpunkt, in diese Verfahren auch verpflichtende Anforderungen an menschenrechtliche und ökologische Sorgfaltspflichten einfließen zu lassen. Hier sollten die Chancen unbedingt genutzt werden, die uns unsere globale Verantwortung vor Augen führen und diese besser wahrnehmen lassen.

| Dr. Barbara Hendricks MdB |

Sprecherin des ZdK-Sachbereichs 6 „Nachhaltige Entwicklung und globale Verantwortung“

Europa findet nur gemeinsam aus der Krise

Solidarität der Nähe

Ähnlich wie im Jahr 2015, als viele geflüchtete Menschen nach Europa kamen, erleben wir auch in der jetzigen Situation der Covid-19-Pandemie eine große Solidarität der Nähe. Im direkten sozialen Umfeld zeigt sie sich in der Unterstützung für besonders gefährdete Gruppen. Zum Beispiel, wenn jüngere Menschen für ihre älteren Nachbarn einkaufen gehen oder kleine Gruppen vor Seniorenheimen regelmäßig singen, um so der Einsamkeit etwas entgegenzusetzen. Diese Solidarität der Nähe darf in die Zukunft hineinwirken, vor allem aber muss sie auch im Großen wirken. Politikerinnen und Politiker müssen in ihren Entscheidungen auf nationaler und europäischer Ebene Solidarität zeigen.

Im Sinne der Osterbotschaft 2020 von Papst Franziskus I dürfen wir alte „Rivalitäten nicht wieder aufleben“ lassen, sondern müssen die Kraft der Gemeinschaft der Europäischen Staaten nutzen. Nationale Hilfemaßnahmen sind allein keine Lösung, denn das Virus kennt keine Grenzen. Die Europäische Union kann die aktuelle Krise nur dann meistern, wenn alle Länder diese Herausforderungen in guter Weise überstehen. Europa und ihre Bürgerinnen und Bürger müssten mit einem Gefühl von Solidarität über die nationalen Grenzen hinweg aus dieser Krise hinauswachsen.

Dafür muss bereits jetzt in der Krise ein umfangreiches European Recovery Program entwickelt werden, dass effektiv und nachhaltig Konsum und Nachfrage ankurbelt und die Wirtschaft und Gesellschaften Europas stützt. In Verbindung mit dem Mittelfristigen Finanzrahmen als regulärem Haushaltsrahmen der EU, der alsbald zu verabschieden ist, hat ein solches Aufbauprogramm die Möglichkeiten der Digitalisierung und die Ziele eines ambitionierten europäischen „Green Deal“ aufzunehmen und einzubinden.

In diesen Zeiten dürfen wir nicht die Menschen vergessen, die nach Europa geflüchtet sind. In vielen europäischen Ländern scheint sich die Verbreitung des Virus zunächst zu verlangsamen. Doch haben die Mitgliedstaaten der Europäischen Union bisher kaum gehandelt, um die Menschen in den völlig überfüllten Flüchtlingslagern an den EU-Außengrenzen vor dem Virus zu schützen. Ein Ausbruch in den Lagern würde verheerende Folgen haben und viele

Menschenleben kosten. Die Menschen müssen rasch von den griechischen Inseln aufs Festland gebracht und es muss eine bessere Infrastruktur bereitgestellt werden. Gleichzeitig sind vor allem besonders gefährdete Kinder und ihre Familien sowie Jugendliche von anderen europäischen Staaten aufzunehmen. Wir fordern die Europäische Kommission nachdrücklich auf, einen neuen Pakt für Migration und Asyl zu schließen, der auf echter Solidarität mit den Ländern an den Außengrenzen der EU basiert.

Die Eindämmung der Corona Pandemie in Europa muss einhergehen mit einer aktuellen Unterstützung wie auch einer langfristigen Stärkung der Länder des Südens. In vielen Teilen der Welt sind Menschen existentiell bedroht durch das Virus, aber auch durch andere Situationen, wie Armut, Hunger und zunehmende Naturkatastrophen. So muss Deutschland im Rahmen seiner im Juni 2020 beginnenden EU-Ratspräsidentschaft wichtige Impulse für ein gerechteres Miteinander mit den Ländern des Südens setzen. Sie brauchen Rahmenbedingungen, um in ihren Heimatländern eine nachhaltige Entwicklung zu ermöglichen. Hierbei ist Europa gefordert, indem es unter anderem faire Handelsbedingungen eingeht und die Grundlagen einer gerechten nachhaltigen Wirtschaft garantiert. Nur wenn das Virus weltweit eingedämmt werden kann, ist auch für Europa ein Weg aus der Krise langfristig möglich.

| Martin Kastler MdEP a. D. |

Sprecher des ZdK-Sachbereichs 7 „Europäische Zusammenarbeit und Migration“